

Sessionsbericht

## Viele gute News für die Autofahrer

Mit den Schlussabstimmungen am Freitagmorgen haben die eidgenössischen Räte die Frühjahrssession 2018 abgeschlossen. Insgesamt 11 Vorlagen kamen unter Dach und Fach. So richtig heisse Eisen wurden – zumindest im Nationalrat – nicht behandelt. Dafür hat die grosse Kammer die Raser-Gesetzgebung gelockert und während etlicher Stunden hufenweise parlamentarische Vorstösse abgearbeitet.

Kaum hatte die Session begonnen, reichten die Parlamentarier – mit den Wahlen vor dem geistigen Auge – wieder fleissig Vorstösse ein. Diese unglaubliche – in meinen Augen gar widerliche – Vorstossflut bringt den Parlamentsbetrieb zunehmend an seine Grenzen. Während der Frühjahrssession wurden beispielsweise im Nationalrat 128 Vorstösse (Motionen und Postulate) während zirka 1250 Minuten oder knapp 21 Stunden behandelt. In der gleichen Zeit wurden 335 neue Vorstösse (Motionen, Postulate, Interpellationen) eingereicht. Zusätzlich wurden im Nationalrat 19 Parlamentarische Initiativen, 23 Anfragen und 218 Fragen für die Fragestunde eingereicht. Dies ist nicht ganz billig: Pro Vorstoss fallen im Durchschnitt laut Schätzungen über 6100 Franken an. Die Anzahl der Parlamentarischen Initiativen und Vorstösse ist dabei vor allem im Nationalrat ein Problem. Im Ständerat hält es sich glücklicherweise noch in Grenzen.

Mit ihrem ersten Vorstoss «One in – two out» wollte Magdalena Martullo-Blocher eine Deregulierung auf Bundesebene erreichen. Das Prinzip ihres Vorstosses war einfach: Für jede neu geschaffene Bundesregelung müssen bisherige Regelungen mit doppelt so hohen Regulierungsfolgekosten ausser Kraft gesetzt werden. Bei der Mehrheit ihrer Ratskollegen fand sie damit aber kein Gehör. Der Vorstoss wurde mit 107:81 Stimmen abgelehnt. Hierbei sei erwähnt, dass die Anzahl Bundeserlasse seit 1984 stetig wächst (+140 neue Seiten/Woche). Am 5. März waren 5035 Bundeserlasse mit über 70 000 Seiten in Kraft. Mehr als die Hälfte davon sind Staatsverträge, 30 Prozent Verordnungen der Verwaltung mit doppelt so vielen Seiten wie die Gesetze selber. Eine vom Schweizerischen Gewerbeverband in Auftrag gegebene Studie schätzt übrigens die Regulierungskosten in der Schweiz auf jährlich 60 Milliarden Franken oder zehn Prozent des BIP.

### Gute Nachrichten für alle Automobilisten

Die Absicht war löblich, das Ergebnis ist es nicht. Als das Parlament vor sechs, sieben Jahren über härtere Sanktionen gegen Raser diskutierte, ging – wie immer bei Kurzschlussreaktionen – das Augenmass verloren. Man war empört über skrupellose «Balkan-Raser», welche mit ihren Fahrzeugen unsere Strassen unsicher machten und mit als

zu mild empfundenen Strafen davonkamen. So führte man mit dem Verkehrssicherheitsprogramm «Via sicura» ein hartes Regime ein, das den richterlichen Beurteilungsspielraum ausschalten sollte.

Das Parlament hat nun aber offensichtlich aus seinen Fehlern gelernt. Es will, dass Richterinnen und Richter bei Raserdelikten mehr Ermessensspielraum erhalten sollen. Der Nationalrat hat eine Motion aus dem Ständerat angenommen, die eine Lockerung der Via-Sicura-Gesetzgebung fordert. Konkret soll die Mindeststrafe von einem Jahr gestrichen und die Mindestdauer für den Führerausweiszug reduziert werden. Als Raser gilt, wer in einer Tempo-30-Zone mit 70 km/h fährt oder mit mehr als 200 km/h auf der Autobahn. Heute liegt die Mindeststrafe dafür bei einem Jahr Gefängnis. Zudem wird der Fahrausweis für mindestens zwei Jahre entzogen.

### Und noch mehr gute News für Autofahrer

Der Nationalrat will weiter das Rechtsvorbeifahren auf Autobahnen erlauben. Er hat einer entsprechenden Motion deutlich zugestimmt. Die Lockerung der Verkehrsregeln soll für flüssigeren Verkehr und mehr Platz auf der Strasse sorgen. Das Rechtsüberholen, bei dem im Gegensatz zum Rechtsvorbeifahren die Spur gewechselt wird, bleibt aber verboten. Die Motion geht nun an den Ständerat.

In acht Jahren sollen wieder Olympische Winterspiele in der Schweiz stattfinden. Der Bundesrat will die Schweizer Kandidatur für die Olympischen Winterspiele 2026 mit acht Millionen Franken unterstützen. Erhält die Schweiz den Zuschlag, will er bis zu einer Milliarde Franken ausgeben. Der Nationalrat verlangt nun, dass das Stimmvolk über die Durchführung von Olympischen Winterspielen in der Schweiz ab-

stimmen kann. Während der kommenden Sommersession muss der Ständerat einen entsprechenden Entscheid fällen. Bleibt zu hoffen, dass die kleine Kammer dem Nationalrat folgen wird.

Keine leichte Aufgabe hatte ich als Fraktionssprecher in Bezug auf das Informationssicherheitsgesetz, welches die Informationssicherheit des Bundes modernisieren wollte und vom VBS,

dem Bundesrat Guy Parmelin vorsteht, erarbeitet wurde. Der konkrete Nutzen und insbesondere die Kostenfolge waren für eine Mehrheit aus SVP, FDP und CVP nicht nachvollziehbar. So drohten jährlich wiederkehrende Kosten zwischen 1,5 und 87 Millionen Franken, einmalige Kosten für die Umsetzung des Projekts zwischen 5 und 20 Millionen Franken und zwischen 9,5 und 78,5 Vollzeitstellen. Für das Parlament war dies Grund genug, um gar nicht erst auf das Gesetz einzutreten.

### Noch mehr Gelder für die EU

Das Schengen/Dublin-Abkommen mit der EU (im Jahr 2005 mit 54,6 Prozent Ja-Stimmen vom Volk angenommen) ist eines von zwei bilateralen Abkommen mit sogenannter «dynamischer Rechtsübernahme». Die Schweiz ist gezwungen, jegliche EU-Rechtsweiterentwicklungen ins Schweizer Recht zu übernehmen. Obwohl weder der Schutz der Aussengrenzen (Schengen), noch die Rückschaffung illegaler Wirtschaftsmigranten (Dublin) funktioniert, fordert die EU konstant mehr Geld von der Schweiz. Dennoch hat der Nationalrat zugestimmt, dass sich die Schweiz neu auch an einem «EU-Fonds für die innere Sicherheit» mit jährlich mehr als 20 Millionen Franken beteiligt.

David Zuberbühler  
Nationalrat SVP/AR



David Zuberbühler ist seit 2015 Nationalrat.

Bild: Lukas Lehmann

Sessionsbericht

## Eine Frühlingsession ohne Frühling

Die diesjährige Frühlingsession war gleich ein doppelter Etikettenschwindel: Zum einen war von Frühling bei den eisigen Winden in Berns Gassen nichts zu spüren. Zum andern sparten wir Ständeräte so viele Sitzungstage ein, dass man fast nicht mehr von einer «Session» sprechen konnte. Dennoch erledigten wir einige brisante und bedeutsame Geschäfte.

Beginnen will ich meinen Bericht mit einer ziemlich appenzelischen Vorlage (auch wenn die entsprechenden Standesinitiativen aus Zug und Uri stammten). Der Ständerat beschloss nämlich eine Verfassungsänderung, wonach die Kantone bei der Ausgestaltung ihrer Wahlverfahren freier werden sollten. Heute legt das Bundesgericht den Proporz-Kantonen ja ziemlich enge Fesseln bezüglich der Wahlkreise an, und – für das Appenzellerland aktuell bedeutsamer – droht den Majorz-Kantonen (AR, AI, GR) damit, dass mit dem Majorz bald fertig lustig sei. Ich beantragte in Kommission und Rat eine Formulierung, die namentlich den beiden Appenzeller Kantonen möglichst viel Freiheit einräumt. Proporz und Majorz haben beide ihre Vor- und Nachteile. Die Wahl des Verfahrens ist eine politische Frage, es gibt nicht die eine richtige Antwort. Daher sollten wir die Freiheit bewahren, darüber selbst zu entscheiden. Der Rat übernahm meine Formulierung. Nun geht das Geschäft in den Nationalrat. Wenn er folgt, gibt es eine Volksabstimmung dazu.

Ein zweites Geschäft, in das ich mich an vorderster Front einbrachte, war die sogenannte «Selbstbestimmungs-Initiative». Sie will im Verhältnis Völker- und Landesrecht die Verfassung voranstellen und widersprechende Verträge «nötigenfalls» kündigen. Die Initiative selbst hat zwar zahlreiche Mängel – vor allem den, dass sie mehr Unklarheiten schafft als beseitigt. Zudem hängt sie das Damoklesschwert der Kündigung über wichtige Verträge wie die Europäische Menschenrechtskonvention. Allerdings befriedigt mich die aktuelle Situation auch nicht, denn heute entscheidet das Bundesgericht von Fall zu Fall, was im Konflikt vorgehen soll. Dabei sollte doch der Verfassungsgeber selber die Spielregeln festlegen. Daher habe ich im Ständerat einen Gegenentwurf präsentiert. Dieser hält fest, dass wir erstens Völ-

kerrecht grundsätzlich einhalten wollen, dass aber Verfassungs- und Gesetzgeber ausnahmsweise durch ausdrücklichen Mehrheitsbeschluss davon abweichen können. Diese Möglichkeit (Schubert-Praxis) gäbe es heute schon, wenn sie das Bundesgericht nicht schleichend abgeschafft hätte. Dank klarer Regeln und Verfahren hätte mein Gegenentwurf sowohl das Völkerrecht als auch die Demokratie gestärkt. Er erhielt viel Zustimmung aus allen bürgerlichen Parteien (auch Ständerat Ivo Bischofberger setzte sich dafür ein), doch reichte es am Ende nicht. Nun hat der Nationalrat als Zweitrat noch die Chance, den Ball aufzunehmen.

### Mehr Transparenz im Parlament

Wiederum mehr Erfolg hatte mein Engagement bei der Revi-

sion des Parlamentsrechts. Was trocken tönt, ist in Wahrheit für die Demokratie bedeutsam. Der Ständerat beschloss nämlich, dass seine Mitglieder der Öffentlichkeit mehr Transparenz über ihren Beruf, ihre bezahlten Mandate und ihre Reisen ablegen müssen. Die ersten zwei Punkte hatte ich beantragt und als Kommissionspräsident ohne Gegenstimme durch den Rat gelotet – der Nationalrat tut sich hier allerdings schwer. Nun kommt die Differenzbereinigung.

### Überhärte bei der Pädophilie-Initiative

Zwei weitere Geschäfte, an denen ich mich beteiligte, waren schon in der Differenzbereinigung und kamen nun zum Abschluss: Das erste war die Umsetzung der Pädophilie-Initiative. Hier setzte ich mich für eine harte, verfassungskonforme Regelung ein, so wie sie der Souverän an der Urne beschlossen hatte. Inhaltlich haben wir aber eine Überhärte produziert: So wird ein 18-jähriger, der in der Disco eine 17-jährige unsittlich anfasst, voraussichtlich lebenslang nie mehr als Lehrer, Juniorentrainer oder Lagerleiter wirken können. Leider kam mein Antrag nicht durch, die 16- bis 18-jährigen Opfer nicht gleich zu behandeln wie unter 16-Jährige.

### Wirbel um Lohnungleichheit und Handy-Antennen

Die zwei Geschäfte, die wohl am meisten Reaktionen (vor oder

nach der Beratung) auslösten, war die Vorlage für die Kontrolle der Lohnungleichheit und diejenige um Anpassung der Grenzwerte von Handy-Antennen. Zur Förderung der Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau hatte der Bundesrat vorgeschlagen, dass grössere Betriebe regelmässig zertifizierte Lohnkontrollen durchführen lassen sollten. Zusammen mit anderen Rednern wies ich darauf hin, dass die heute sogenannte «unerklärliche» Lohndifferenz von gut sieben Prozent zu Ungunsten der Frauen bei genauerer Analyse wohl weniger vom Geschlecht abhängt als von der Familiensituation: Wer Kinder betreut und daher also weniger Berufsjahre, geringere Pensen und weniger Flexibilität aufweisen kann, wird (erwartungsgemäss) geringer entlohnt. Um das Problem an der Wurzel zu packen, sollte die Politik daher die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern, zum Beispiel mit Tagesstrukturen, weniger Krippenbürokratie oder mit steuerlichen Anreizen für den Zweitverdiener. Der Ständerat seinerseits schickte die Vorlage an die Kommission zurück; wir werden sehen, was herauskommt.

Zu den Handy-Antennen erhielten wir enorm viele Zuschriften (oftmals Kopien von Massenschriften). Für mich stehen die Chancen im Vordergrund: Jeder will leistungsfähige Internetverbindungen in jeder Ecke des Landes. Dafür braucht es Sendeleis-

tung. Unsere Grenzwerte sind heute schon x-fach strenger als in der EU. Ohnehin geht die grösste Strahlung vom Handy selber aus – und je besser die Antennen funktionieren, desto weniger muss das Handy strahlen. Der Rat versenkte die Vorlage aber um eine Stimme. Hoffentlich haben wir damit den schnellen Mobilfunkstandard 5G nicht auf Jahre blockiert.

### Raschere Verfahren für Brautleute und Autofahrer

Erfolgreich war mein Vorschlag, das Eheverfahren um zehn Tage zu beschleunigen. Heute müssen Brautleute nach abgeschlossenem Prüfungsverfahren eine sinnlose Wartefrist absitzen. Der Ständerat beschloss diese Änderung einstimmig. Ebenso um rasche Verfahren ging es bei einer Motion von mir, die den Entzug von Führerausweisen rechtstaatlicher ausgestaltet will. Dafür sollen die Strassenverkehrsämter ihre Verfahren beschleunigen, damit Unschuldigen das Fahren nicht unnötig lange verboten bleibt. Auch hier folgte der Rat meinem Vorschlag einstimmig.

So rasant kann es im Ständerat manchmal zu und her gehen. Das ist umso wichtiger, wenn die Session ohnehin schon so kurz ist. Hoffen wir, dass der Frühling, der seinen Namen auch verdient, auch möglichst rasch eintreffen möge – und bitte nicht erst zur Sommersession.

Andrea Caroni  
Ständerat FDP/AR



Andrea Caroni ist seit Oktober 2015 Ständerat.

Bild: Peter Klauzner